Kundgebung
des
neuen Reichskanzlers Ebert

Mahnung
zu
Ruhe und Ordnung!

Der Reichskanzler

Die Sozialisierung ist da!

Das Kohlensyndikat

Die Sozialisierung des Kalibergbaus ist in schleunigster Vorbereitung.

Begründet

deutsche Gemeinwirtschaft.

Und das ist Sozialismus!

Reichswirtschaftsamt.

Revolutionäre Arbeiter in der Berliner Lindenstraße 1919.

„Vernunftehe" und „Zweckbündnis"

Über die Politik der rechten SPD- und USPD-Führer während der Novemberrevolution

Am 10. November 1918 schlossen Friedrich Ebert und Wilhelm Groener einen Pakt ab, um gemeinsam die revolutionären Kräfte zu bekämpfen. Dieses Bündnis zwischen rechter sozialdemokratischer Führung und Oberster Heeresleitung, zwischen Opportunismus und Militarismus, ist einerseits charakteristisch für die Rolle, die führende Sozialdemokraten während der Novemberrevolution spielten, und gehört andererseits zu den dunkelsten und deshalb im eigenen Lager heftig debattierten Stellen in der Geschichte der SPD.

Wie der Berliner Historiker Ruge in einem vor kurzen in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" (H. 11/1978, S. 955 ff.) veröffentlichten Beitrag nachgewiesen hat, halten bürgerliche Historiker seit zwei Jahrzehnten an der These fest, daß der Pakt zwischen Ebert und Groener eine „Vernunftehe" und ein „Zweckbündnis" gewesen sei, das auf Initiative der Generäle zustande gekommen sei.

Zwar versuchen jüngere zur SPD neigende Historiker in letzter Zeit im Interesse der These vom „dritten Weg" zwischen proletarischer und bürgerlicher Diktatur, dieses Bündnis in Frage zu stellen und aus einer „Fehleinschätzung der Situation" und aus „Initiativlosigkeit" zu erklären, aber auch sie halten an der Behauptung fest, daß die Oberste Heeresleitung allein der aktive, die rechte sozialdemokratische Führung in Gestalt von Ebert der völlig passive Partner gewesen sei.

W. Ruge konnte anhand teilweise neuentdeckter Dokumente nachweisen, daß die Grundlage des Paktes und sein Kern darin bestanden, „daß die Rechtssozialdemokraten, die verbal für den Sozialismus eintraten und die sozialistischen Bestrebungen der Massen mißbrauchten, im Bunde mit den Militärs für die Erhaltung des Imperialismus eintraten, während die Generalität, die den Rückhalt im Volke verloren hatte, die Notwendigkeit anerkannte, die militärische Niederwerfung der Revolution mit sozialdemokratischen Kampfmethoden zu koppeln bzw. durch sie vorzubereiten."

Rechte Sozialdemokraten hatten selbst initiativreich am Zustandekommen des Bündnisses mit der Generalität mitgewirkt.

Die Historiker der DDR haben dazu beigetragen, dokumentarisches Material über das Komplott von Rechtssozialdemokratie und militärischer Führung zutage zu fördern und aufzubereiten. So konnte der von L. Berthold und H. Neef besorgte Dokumentenband „Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution" 1978 in einer zweiten und überarbeiteten Auflage erscheinen (siehe dazu nebenstehende Auszüge). Mit Unterstützung sowjetischer Historiker – man denke nur an das Standardwerk „Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland" von J. S. Drabkin – begründeten die Historiker der DDR den gesetzmäßigen Charakter des neuen Verhältnisses von Opportunismus und Imperialismus in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, analysierten sie unter diesem Gesichtspunkt auch die Politik der rechten SPD- und USPD-Führung in der Novemberrevolution. Diese Untersuchungen ermöglichten es, die Vielfalt der Formen rechtssozialdemokratischer Politik und die Ursachen aufzuzeigen, die es den Ebert, Scheidemann und Co. ermöglichten, trotz ihrer konterrevolutionären Politik Masseneinfluß zu behalten.

G. Horzischansky hat in den vergangenen Jahrzehnten die erzielten Untersuchungsergebnisse übersichtlich zusammengefaßt. (Vg. BzG, H. 6/1978, S. 823 ff.) so daß folgende Thesen aufgestellt werden können:

– Die rechten SPD-Führer versuchten bis zur letzten Stunde alles, um die Revolution zu verhindern und, als das nicht gelang, ihrer Ausbreitung entgegenzuwirken. Als auch das mißlang, drängten sie an die Spitze der Massenbewegung, um die Revolution abzuwürgen.

– Sie priesen sich als Verfechter des Sozialismus und behaupteten, daß jeglicher weiterer Fortschritt von der Einberufung einer verfassungsgebundenen Nationalversammlung abhängig sein. Dabei warteten sie mit der „Theorie" von der sogenannten „reinen Demokratie" auf.

–Hinter dem Vorhang ihres Geredes über Sozialismus, Demokratie und Nationalversammlung organisierten sie die gewaltsame Niederschlagung der revolutionären Kräfte.

– Die rechte SPD-Führung schuf durch Provokationen und Falschmeldungen Anlässe für den Einsatz der weißen Garden und deren konterrevolutionären Terror.

– Sie griff die proletarische Forderung nach „Einheit" auf, kehrte sie gegen den Spartakus-Bund und interpretierte sie im Sinne der Unterordnung unter ihre Politik.

– Mit ihrem Eintreten für Reformen im Rahmen der parlamentarischen Demokratie und der Polemik gegen die bürgerlichen Ideologen erweckten sozialdemokratische Führer den Anschein einer wirklichen Alternative.

Seit ihrer Gründung mußte die KPD, deren Konstituierung ja den historisch überfälligen, konsequenten Bruch mit dem Opportunismus jederlei Gestalt darstellte, die Polemik gegen die auf dieser Position verharrenden rechten SPD-Ideologen führen. Das Kräfteverhältnis der Klassen während der Weimarer Republik, das in der Niederlage der Arbeiterklasse in der Novemberrevolution und deren Ergebnissen wurzelte sowie die Haltung der SPD-Führung zum Weimarer Staat zwangen die KPD, sich stets von neuem der Novemberrevolution und der damaligen Politik von SPD und USPD zuzuwenden.

Bereits auf dem Gründungsparteitag hatte Rosa Luxemburg die Ansichten der „Herren Haase, Dittmann usw." charakterisiert, die „unter allerlei Larven und Schminken die Revolution, die sozialistische Ware an den Mann bringen wollen, sie haben sich als Kuppler der Konterrevolution erwiesen." Doch ihre Taten haben sie überführt: „... die Ware steht vor der Masse des deutschen Volkes in der brutalen, vierschrötigen Gestalt der Herren Ebert und Scheidemann da ... Das ist Konterrevolution wie sie leibt und lebt."

Im Vergleich zur Darstellung der Politik der rechten USPD-Führer, die unter dem Gesichtspunkt der Gewinnung der USPD-Mitglieder für die KPD vor allem auf dem II. Weltkongreß der KI und vor dem Vereinigungsparteitag 1920 erfolgte, ist die Auseinandersetzung mit der Politik der rechten SPD-Führung in der gesamten revolutionären Nachkriegskrise und darüber hinaus geführt worden. Ebenso wie Lenin brandmarkte die KPD diese Politik als Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse, als Unterordnung unter die imperialistischen Machtpositionen und deren Verteidigung und Rettung. Diese generelle These war jedoch verschiedenen Nuancierungen unterworfen, die durch die Diskussionen um die Einheitsfrontpolitik und den erneuten Verrat der rechten SPD-Führer an den revolutionären Arbeitern ausgelöst worden sind. Bei der Analyse der Politik der rechten USPD-Führer wurden solche wichtigen Faktoren wie ihre Zusammenarbeit mit der rechten SPD-Führung, der Verrat an Sowjetrußland, die Kniefälle vor der Entente und die Verkoppelung der Räte mit der Nationalversammlung bereits 1920 in den Mittelpunkt der Kritik gestellt.

In der Periode der relativen Stabilisierung ließen sich KI und KPD von der Einschätzung leiten, daß sich die SPD während der Novemberrevolution infolge der Politik ihrer Führung als starke konterrevolutionäre Kraft erwiesen habe. In dieser Beurteilung kommt die Kontinuität der Auffassung von KI und KPD zum Ausdruck. Neu ist jedoch eine stärkere Differenzierung und eine Bereicherung in der Darstellung des konterrevolutionären Wirkens der rechten SPD-Führung. Neu ist ferner, daß die KPD die Methode der Selbstentlarvung der rechten SPD-Führer verstärkt und sehr eindrucksvoll anwandte. Das ist vor allem durch den Magdeburger Prozeß gegen den Redakteur Rothardt, den Münchner Dolchstoßprozeß und die Veröffentlichung der Memoiren von Noske erleichtert worden. Neu ist schließlich, daß aus diesen entlarvenden Selbstzeugnissen auch die Rolle der rechten SPD-Führer im Zusammenspiel aller konterrevolutionären Kräfte überzeugend ersichtlich wurde.

Der Politik der rechten USPD-Führer wandten sich KI und KPD erneut im Gefolge der politischen Orientierung des VI. Weltkongresses der KI zu. KI und KPD nahmen während der Weltwirtschaftskrise an, daß die Bourgeoisie noch stärker als in der revolutionären Nachkriegskrise auf die Dienste der SPD angewiesen sei. Sie waren deshalb bestrebt, jegliche Illusionen über die Politik der rechten SPD-Führer zu zerstören und bedienten sich u. a. der historischen Argumentation. Ebenso wie in den vergangenen Perioden ist nachgewiesen worden, welche Ziele die rechte SPD-Führung während der Novemberrevolution verfolgte und welche Methoden sie zu ihrer Verwirklichung anwandte. In dem Bestreben, den Wert der linken Kräfte in der SPD als Bündnispartner zu bestimmen, analysierten KI und KPD wiederum die Politik der USPD in der Novemberrevolution, wobei die Politik ihrer rechten Führer als ebenso schwerwiegend wie die der rechten SPD-Führung befunden wurde. Ferner sind Linien von der Politik der rechten SPD-Führer in der Novemberrevolution bis in die damalige Zeit gezogen worden, die beweisen, daß der Verrrat an den Interessen der Arbeiterklasse ein Wesensmerkmal der rechten Führer darstellt. Dabei traten jedoch auch Übespitzungen auf, die sich aus der damaligen Einschätzung der Sozialdemokratie erklären lassen. Die KPD entlarvte ferner mit historischen Argumenten das Sozialisierungsprogramm aus dem Jahre 1932 (Sozialisierungsschwindel während der Novemberrevolution).

So konnten bereits während der Weimarer Republik durch die KPD wertvolle Erkenntnisse gewonnen werden.

Günter Kalsch

60. Jahrestag

Novemberrevolution

Gründung der KPD

Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution

Dokumente und Auszüge aus Dokumenten

Telegramm des Reichskanzlers Ebert an die OHL am 11. November 1918

Der OHL teile ich mit, daß ich das Reichskanzleramt übernommen habe. Ich danke aufrichtig für die mir ausgesprochene Bereitwilligkeit, mit der von mir gebildeten Regierung zum Wohle des Landes zusammen zu wirken und bitte die OHL, zu meiner Verfügung zu stehen.

gez. **Ebert, Reichskanzler**

Die 4. Kavalleriedivision veröffentlichte dieses Telegramm noch am gleichen Tage mit folgendem Zusatz: Die OHL bemerkt dazu, daß sie den neuen Reichskanzler mit allen Kräften unterstützen wird, um Plünderung, Mord und sonstige verbrecherische Handlungen zu verhindern und Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten oder wiederherzustellen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht, I a 9978 op.

Telegramm Groeners an den Reichskanzler Ebert am 11. November 1918

die ohl bittet, einen appell an die bereits bestehenden soldatenraete in der heimat zu richten, innerhalb ihres machtbereichs fuer unbedingte ordnung zu sorgen, die notwendig ist, um nach jetzt abgeschlossenem waffenstillstand das heer in der vorgeschriebenen zeit in die heimat zurueckzufuehren. – gelingt es nicht, die ordnung aufrecht zu erhalten, so wird die armee wie eine sturmflut sich ueber die heimischen fluren ergießen und heer und heimat sich in ein chaos aufloesen. – es darf niemand geben, der den deutschen namen traegt, moege er einer partei angehoeren welcher er wolle, der fuer einen solchen zusammenbruch die verantwortung uebernehmen koennte. – ich bitte eindringlichst, dass unverweilt in berlin eine starke regierungsgewalt der ordnung sich auftut, zu der das volksheer vertrauen haben kann.

I a der 1. gen. quart. mstr, groener r m I s nr 2. +

(aufgenommen in Berlin am 11. 11. 1918 um 8.40)

Handschriftliche Notiz durch Ebert:
(m. E. sollte Herr Haase den Aufruf b a l d i g s t ergehen lassen)

Aussage W. Groeners im Dolchstoßprozeß (Auszug)

Ich fand die Vertreter der Sozialdemokratie durchaus verständig. Von keiner Seite ist ein Wort gefallen, das darauf schließen ließ, daß die Herren etwa auf die Revolution hinstrebten. Im Gegenteil, von der ersten bis zur letzten Äußerung – da können Sie ja den General von Haeften noch vernehmen, der hat die nötigen Unterlagen – ist nur davon gesprochen worden, wie man die Monarchie erhalten könne. Und bezeichnend ist, daß zum Schluß der spätere Reichspräsident Ebert folgenden Vorschlag machte, wörtlich: Die Abdankung des Kaisers sei unumgänglich notwendig, wenn man den Übergang der Massen in das revolutionäre Lager und damit die Revolution selbst verhindern wolle. Er schlage daher vor, daß der Kaiser noch heute, spätestens morgen (also heute: am 6. November, spätestens morgen: am 7. November) freiwillig seine Abdankung erkläre und einen seiner Söhne, vielleicht Prinz Eitel Friedrich oder Oskar in Vertretung des Sohnes des Kronprinzen mit der Regentschaft betraue. Der Kronprinz selbst sei im gegenwärtigen Augenblick unmöglich.

Ich mußte leider den Vorschlag ablehnen, erstens weil ich vom Generalfeldmarschall mit auf den Weg bekommen hatte, den Kaiser zu stützen, zweitens weil mir mitgeteilt worden war, daß sämtliche Söhne des Kaisers sich mit ihrem Vater solidarisch erklärt und zum Ausdruck gebracht hatten, es würde jeder von ihnen eine ihnen angetragene Regentschaft ablehnen. Ob das der Fall war, kann ich nicht sagen, aber ich habe es, glaube ich, in irgendeiner Veröffentlichung gelesen, darüber werden ja die Herren Sachverständigen Bescheid wissen. Ich mußte diesen Vorschlag also ablehnen. Herr Abgeordneter Ebert drückte sein herzliches Bedauern aus und schloß mit den freundlichen Worten für mich, darüber kann ja auch General von Haeften Auskunft geben ...

Aussage Ph. Scheidemanns im Dolchstoßprozeß (Auszug)

Prinz Max von Baden sagte Mittag zu Ebert: „Wenn überhaupt – ich kann das nur dem Sinne nach wiederholen, bei solchen Gesprächen kann man sich keine Aufzeichnungen machen – jemand in der Lage ist, jetzt in dieser furchtbaren Situation, in der sich unser Land befindet, uns vor dem schlimmsten zu bewahren, dann ist es Ihre Partei, die sozialdemokratische. Denn sie hat die größte Organisation und den größten Einfluß. Bitte, übernehmen Sie die Geschäfte, das Reichskanzleramt!" Ebert hatte erst Bedenken, die ich sofort zerstreute, das heißt, Bedenken nur insofern, als er erst die Parteifreunde und die Fraktion fragen müsse. Ich sagte, jetzt keine Zeit verlieren, sag einfach ja, damit ist die Geschichte erledigt. In zehn Minuten darauf saß er da als Reichskanzler ...

Erinnerungen von Gustav Noske (Auszug)

In ziemlicher Aufregung, denn die Zeit drängte, auf der Straße riefen unsere Leute nach Waffen, stand man im Arbeitszimmer Eberts umher. Ich forderte, daß ein Entschluß gefaßt werde. Darauf sagte jemand: „Dann mach' du doch die Sache!" Worauf ich kurz entschlossen erwiderte: „Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!" Reinhardt meinte, auf den Vorschlag habe er eigentlich immer gehofft. Ein Beschluß wurde mündlich so formuliert, daß Regierung und Zentralrat mir weitestgehende Vollmachten zum Zweck der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in Berlin übertrugen. Reinhardt durchstrich den Namen Haifmann und schrieb dafür den meinen nieder. Meine Ernennung zum Oberbefehlshaber war vollzogen. Den Wortlaut der mir erteilten Vollmachten habe ich nie gelesen und die Bestallung als Oberbefehlshaber nie in der Hand gehabt ...

Gedanken zu drei Plakaten

Durch die Geschichte der Weimarer Republik und der Bundesrepublik Deutschland zieht sich die Polemik der SPD gegen die KPD bzw. die DKP und umgekehrt.

Von welchen Positionen aus und mit welchem Ziel wurde sie von beiden Seiten geführt?

Die Polemik der KPD entsprang der Notwendigkeit, dem sozialdemokratisch verkleideten bürgerlichen Einfluß auf die Arbeiterbewegung entgegenzuwirken. Die Kommunisten argumentierten vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus und mit dem Ziel einer gemeinsamen Vertretung der Interessen der Beherrschten gegenüber den Herrschenden. Ihre Polemik beinhaltete die Aufforderung, sich in die Arbeitereinheitsfront einzureihen.

Das politische Glaubensbekenntnis der SPD-Führung hieß Dauerhaftigkeit des Kapitalismus und Antikommunismus. Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre erklärte ein führender Sozialdemokrat, Otto Wels, sogar, daß zwischen Kommunisten und Faschisten kein Unterschied bestünde. Das Plakat aus dieser Zeit (rechts) weist darauf hin, daß seine Worte mit der Leitlinie der Parteiführung übereinstimmten.

Die Faschisten würdigten diese Dienste auf die ihnen gemäße Weise: am 22. Juni 1933 wird der SPD durch Erlaß des Innenministers Frick jede politische Betätigung untersagt, ihre Abgeordnetenmandate werden eingezogen und ca. 3000 sozialdemokratische Funktionäre verhaftet. Auch die bürgerlichen Parteien der BRD waren – wie die beiden Plakate (links) aus der ersten Hälfte ihrer Existenz beweisen – nicht gewillt, die Kniefälle der SPD-Führung vor dem Kapital und ihre Ausfälle gegen die KPD zu honorieren. Das Schreckgespenst der „roten Gefahr" und der „Panzerarmee des Kreml" wurde auch auf sie losgelassen.

Die Bourgeoisie wäre keine Bourgeoisie, wenn sie trotz des Grundsatzprogrammes von Godesberg und trotz des berüchtigten Beschlusses „Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus" vom 26. Februar 1971 eines Tages eine andere Partei für geeigneter hält, ihre Interessen vertreten. Einer ihrer Exponenten, Napoleon pflegte zu sagen, daß er den Verrat liebe, aber den Verräter hasse. G. K.